

P R O T O K O L L  
der 391. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 20. März 2018
Zeit	19.30 – 20.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Herren Jennifer
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bircher Laura, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Grubwinkler Christa, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Humm Martin, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Kohler-Köhle Andreas (ab 19.40 Uhr), Lauper Reto, Legler Bettina, Lehni Laura, Lütolf Roland, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schnyder Isabel, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Waldherr-Marty Petra, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmzählende	Messerli Patricia, Aebersold Jürg (a.o.)
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Wegmüller Beat
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Mutzner Mario, Leiter Soziale Dienste (Traktandum 2)
Entschuldigt abwesend	GGR: Anrig Marc, Corti Andrea, Thut Walter, von Gunten Adrian, Waber Rudolf
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte

7

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 2018	175
2	Fachstelle für Altersfragen; definitive Einführung	175
3	Motion forum betr. Aufwertung Lötschenbach in Gümligen	183
4	Postulat Klopstein (Grüne) betr. Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern: Masterplan	184
5	Einfache Anfrage forum zum Europäischen Tag der Nachbarschaft	187
6	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	188
7	Neue parlamentarische Vorstösse	188

Die Vorsitzende eröffnet die 391. Sitzung und stellt die Anwesenheit von zurzeit 34 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreter der Presse sowie die Gäste. Ein spezieller Gruss gehe an Joe Brunner von der SP, welcher als Nachfolger von Laura Ezquerro Einsitz im Grossen Gemeinderat genommen habe. Laura Ezquerro sei per 1. März 2018 nach Bern gezogen und habe den Rat deshalb verlassen müssen. Sie habe ihren Rücktritt nach der letzten Parlamentssitzung bekanntgegeben, weshalb sie sie noch nicht habe verabschieden können. An dieser Stelle danke sie Laura Ezquerro für ihren Einsatz im Rat herzlich. Ebenfalls begrüsse sie Mario Mutzner, Leiter Soziale Dienste, welcher beim Traktandum 2 zur Verfügung stehen werde.

Durch die Abwesenheit von Stimmzähler Adrian von Gunten ergebe sich eine vorübergehende Vakanz im Ratsbüro. Die SVP-Fraktion schlage Jürg Aebersold als Ersatz für heute Abend vor. Sie nehme an, dass der Rat diesen Ersatz ohne Abstimmung annehme und bestimme Jürg Aebersold für die Dauer der Sitzung zum Stimmzähler. Das Ratsbüro sei damit komplett.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### **1 Protokoll der Sitzung vom 20. Februar 2018**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **2 Fachstelle für Altersfragen; definitive Einführung**

Die Vorsitzende erklärt, zur Auskunftserteilung stehe Mario Mutzner, Leiter Soziale Dienste, zur Verfügung.

Jürg Stettler führt namens der GPK aus, Muri-Gümligen belege den zweiten Platz im Segment Alter; nur Bolligen habe eine noch ältere Bevölkerung als Muri-Gümligen. Das Altersleitbild von 2014 empfehle eine solche Fachstelle für Altersfragen. Wir hätten nun eine längere Pilotphase gehabt und es spreche aus Sicht der GPK nichts dagegen,

wenn dem Antrag Folge geleistet und der definitiven Einführung der Fachstelle zugestimmt werde.

Martin Häusermann führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der zunehmende Anteil an älteren Menschen in unserer Bevölkerung bedinge auch eine periodische Überprüfung und gegebenenfalls eine Anpassung der Altersarbeit. Bevor er auf den gemeinderätlichen Antrag zu sprechen komme, möchte er einen kurzen Rückblick vornehmen. Starten wolle er im Jahr 2010, als im Kanton Bern ein Wendepunkt im Gesundheitsbereich stattgefunden habe: Im Rahmen der Neuordnung der Pflegefinanzierung hätten ergänzende Leistungen im Gesundheitsbereich zu diesem Zeitpunkt über den Lastenausgleich abgerechnet werden können. So sei mit der Spitex eine Leistungsvereinbarung für den ersten Pilotbetrieb erstellt worden, welcher 2012 gestartet und bis Ende 2014 gedauert habe. Im Zuge von Sparmassnahmen seien vom Kanton diese Beiträge allerdings nach Ablauf des Pilotbetriebs gestrichen worden. Zu diesem Zeitpunkt sei auch der bis anhin tätige Fachausschuss Gesundheit – welcher u.a. Leitbild und Strategie in diesem Bereich erarbeitet habe – aufgelöst und die Steuerung der Sozialkommission als Gesundheitsbehörde übertragen worden. Sie habe nach einer Lagebeurteilung vorgeschlagen, einen weiteren Pilotbetrieb in veränderter Form durchzuführen. Dieser sei ab 2015 ins Gemeindebudget aufgenommen worden. Die im Antrag ausgewiesenen Kosten seien demzufolge keine neue Ausgabe, sondern eine Festigung derselben. Der Wechsel von der Spitex zu Alenia habe vor allem personelle Gründe gehabt, da die verantwortliche Person die Spitex verlassen habe. Es gelte nun, die so in den letzten Jahren mit zwei Pilotbetrieben gesammelten wertvollen Erfahrungen bei der Überführung in den Regelbetrieb mitzunehmen.

Das Angebot der Fachstelle sei charakterisiert durch die 3 Säulen

- Aktivierung / Information  
Plattformen für die älteren Menschen bieten, Anlässe organisieren, wo es darum gehe, Wissensvermittlung vorzunehmen; sei dies zum Thema Verhalten im öffentlichen Verkehr oder sei dies zu spezifischen Fachthemen (wie beispielsweise Palliativ Care, Lebensende, usw.)
- Vernetzung / Koordination  
der Institutionen in unserer Gemeinde im Themenfeld Alter. Dabei handle es sich auch um eine wichtige Funktion, indem abgeglichen werde, wer welche Angebote bereitstelle, dass man allenfalls auch Sachen gemeinsam machen könnte etc.
- Beratung  
Hilfestellung oder Beratung für individuelle Anliegen

Wichtig sei für ihn und auch für die Sozialkommission, dass sich das Angebot der Fachstelle an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiere. Es müssten die richtigen Themen besetzt werden, wobei sich diese im Laufe der Zeit auch verändern könnten. Ein Gradmesser, ob dies erfolgreich gemacht werde, sei die jeweilige Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Veranstaltungen. Hier könne die Fachstelle gute Resultate ausweisen; die Anlässe würden zum Teil von bis zu 80 Leuten besucht. Die Angliederung der Fachstelle für Altersfragen bei der gemeindeeigenen Altersinstitution sei ein in der Schweiz gängiges Modell. Indem die Fachstelle dort untergebracht werde, wo das Fachwissen für Altersthemen vorhanden sei, würden Synergien geschaffen; nicht zuletzt auch bei Stellvertretungen. Mit der definitiven Einführung werde das Alenia die heutige Erbringung in einem Nebenamt auf eine hauptverantwortliche Person umwandeln. Als Folge davon werde auf die Stelle einer/eines Altersbeauftragten auf der Verwaltung verzichtet. Man gehe davon aus, dass dieser Ansatz besser sei, mehr Flexibilität bringen und die Kosten günstig beeinflussen werde.

Aus dem Evaluationsbericht sei ersichtlich, dass sich der Marktauftritt noch besser von Alenia abgrenzen müsse. Er zeige hier einen Flyer der Fachstelle, auf welchem unten rechts das bereits seit mehreren Jahren eigenständige Logo der Fachstelle sowie das

Gemeindelogo zu sehen seien. Dies sei eigentlich der Marktauftritt der Fachstelle; es müsse aber in gewissen Punkten noch eine etwas klarere Trennung von Alenia erfolgen, was beispielsweise die Kontaktinformationen (Telefon und E-Mail) anbelange. Bezüglich Ansiedlung der Fachstelle bestehe eine Vision: Optimal wäre eine Unterbringung z.B. im Rahmen der Zentrumsentwicklung Gümligen an der Füllerichstrasse 55/57; ob dies möglich sein werde, stehe in den Sternen. Eine Alternative wäre, dass man an der Bahnhofstrasse die Infrastruktur von Alenia zu diesem Zweck nutzen würde.

Das beantragte Szenario "Profilierung und Weiterentwicklung" beinhalte

- eine Stärkung der Fachstelle und damit eine bessere Wirkung (Profilierung)
- die Einbindung der Umsetzung der Massnahmen aus dem Altersleitbild (Weiterentwicklung). Die Weiterentwicklung bedinge auch eine Erhöhung der Stellenprozentage von 30 auf 50 %.

Was das Altersleitbild alles umfasse, sei auf den Seiten 4 und 5 des Evaluationsberichts ansatzweise wiedergegeben.

In der Leistungsvereinbarung liessen sich die übergeordneten strategischen Ziele und Aufgaben der Fachstelle finden. Die konkreten Jahresziele allerdings würden jeweils im Herbst des Vorjahres durch die Fachstelle vorgeschlagen und durch die Sozialkommission freigegeben. Die anschliessende Erfolgskontrolle erfolge mittels einem jährlichen Geschäftsbericht, in welchem die Fachstelle über die Zielerreichung Rechenschaft ablegen müsse. Betreffend Kosten verweise er auf das beigelegte Budgetblatt.

Er bitte das Parlament, dem Antrag auf definitive Einführung der Fachstelle Altersfragen zuzustimmen. Sodann werde sich die Sozialkommission mit der Ausgestaltung eines Steuerungsausschusses der Fachstelle befassen. Hierzu schwebte der Sozialkommission ein ähnliches Modell vor, wie es beim Ausschuss für Kinder- und Jugendfragen schon vorliege, d.h., dass nebst Mitgliedern aus der Sozialkommission auch weitere Vertreter von Organisationen Einsitz nehmen könnten (z.B. Mitglieder Seniorenrat, Vertretungen der Kooperationspartner, Vertretungen der Kirchgemeinde); bei der Konstitution des Ausschusses sei man offen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Raphael Weibel fragt namens der FDP-Fraktion: "Ab wann ist man heute alt?". Ab 65, so wie es in der vorliegenden Botschaft des Gemeinderats ausgeführt werde? Oder doch erst ab 75 oder ab 85? Dies sei nicht so klar. Mick Jagger und seine Rolling Stones würden dieses Jahr 75 Jahre alt. Ob dies also die Klienten der Fachstelle für das Alter wären, welche u.a. Rollator-Kurse anbiete? Eigentlich eine schöne Vorstellung, oder?! Und ob "alt" auch gleichzeitig "allein gelassen, hilflos, verloren" heisse auf dem weiten Ozean, und DIE Rettungsinsel sei die behördliche Fachstelle? Fakt sei, dass die Lebenserwartung steige und damit auch der Anteil an älteren Personen; auch und gerade besonders in unserer Gemeinde. Dies scheine nun ein neues behördliches Betätigungsfeld zu kreieren. Festzuhalten sei, dass bis heute keine gesetzliche Verpflichtung dafür bestehe. Irgendwie "gramüsele" ihn diese Vorstellung; er wisse bloss noch nicht genau, ob vor Freude an dieser neuen Dienstleistung oder vor Kummer über die damit verbrauchten Steuergelder. Was genau die Zielsetzung dieser Fachstelle sei? Wann diese Ziele quantitativ und qualitativ erreicht seien? Welche exakt definierten Vorgaben an die Fachstelle künftig gelten würden? Die Unterlagen des Gemeinderats – z.B. die Umschreibung der Ziele in der Leistungsvereinbarung – und insbesondere der Bericht des Instituts für das Alter der Berner Fachhochschule vom 14. September 2017 seien etwas gar "schwammig" abgefasst.

Auch nach 6 Jahren und 2 Pilotprojekten werde er als unvoreingenommener Parlamentarier nicht ganz schlau:

- Wer genau in den Genuss von Leistungen der Fachstelle kommen solle?
- Ausschliesslich Gemeindebürgerinnen und -bürger von Muri-Gümligen?
- Ab welchem Alter?
- Welche konkreten Leistungen erbracht werden sollen und welche eben gerade nicht? Die blumige Umschreibung "*Ziel der Altersarbeit ist es, die Bevölkerung für altersspezifische Fragen und altersbedingte Veränderungen zu sensibilisieren und zu beraten*" (Leistungsvereinbarung, Art. 3) sage vieles, aber leider nicht viel Konkretes.
- Ob alle Beratungen kostenlos seien oder ob sie doch einmal etwas kosten sollten?
- Wie sichergestellt werde, dass die geplante Ansiedlung der Fachstelle bei unserer Tochtergesellschaft Alenia nicht zu einer Vermischung von Aufgaben von beiden Institutionen und damit vielleicht zu einer gewissen Quersubventionierung führe?
- Ob es wirklich eine 50 %-Stelle samt Infrastruktur brauche? Würden die Kosten auf 10 Jahre hochgerechnet, so komme man auf die stolze Summe von ca. CHF 1 Mio.
- Welche Vorgaben oder Angebote heute auf kantonaler Ebene im Bereich Altersfragen entwickelt würden? Was andere Organisationen und Private anbieten würden?
- Ob jede Gemeinde wirklich für sich selber eine eigene Fachstelle für ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen solle oder ob nicht gerade hier eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus sinnvoll wäre?

Am letzten Freitag habe das Gottlieb Duttweiler Institut im Auftrag des Verbandes Senesuisse eine Studie "Take Care" zur Pflegebranche veröffentlicht. Zwei Entwicklungen würden in Zukunft als prägend im Pflegesystem angeschaut: Einerseits werde sich der Fokus vom Angebot auf die Nachfrage verlegen und andererseits werde es einen Wechsel von öffentlichen zu privaten Anbietern geben. Hinzu würden die Chancen durch den Technologiewandel kommen. Die "Silver Surfer" seien stark im Vormarsch. Eine Studie des Bundesamts für Statistik über die Internetnutzung der Bevölkerung zeige, dass bei den über 75-Jährigen heute über 30% regelmässig das Internet nutzen würden, bei den 65- bis 74-Jährigen seien es gar über 70%. Erfreulich dabei sei, dass der Lebensstandard – also ob reich oder arm – keinen signifikanten Einfluss auf die Internetnutzung habe. Die Digitalisierung verspreche hier ein besseres Leben, "für alle – nicht nur für wenige", und in diesem Zusammenhang sei der Slogan auch für die FDP eine Freude.

Anstatt einen Versorgungsstaat ständig auszubauen, wäre es wünschenswert, mit neuen Ideen das urbane Unternehmertum zu stärken. Gemeint seien jene Menschen, die Neues kreieren wollten. Eine behördliche Fachstelle, die jedes Jahr CHF 90'000.00 koste, wirke hier wohl nicht wirklich stimulierend. Aber man wolle heute nicht schimpfen oder mit Schlagworten operieren. Die FDP-Fraktion biete Hand für einen nächsten Schritt, der aber so zu verstehen sei, dass sich diese neu geschaffene Fachstelle für Altersfragen selbst als "Übergangslösung" sehe, die sich rasch weiterzuentwickeln habe, bis hin zu ihrer allfälligen Auflösung, falls es sie so eben nicht mehr brauchen würde. Der Gemeinderat werde in diesem Sinn aufgefordert, im Rahmen des Vollzugs dem GGR spätestens nach 2 Jahren einen detaillierten Rechenschaftsbericht über die effektiv erbrachten Tätigkeiten der Fachstelle zu erstatten. Daraus sollte ersichtlich sein, was wann an wen angeboten worden und dann auch von wem tatsächlich bezogen worden sei. Der freudige Hinweis, man habe Rollator-Kurse unter die "Alten" gebracht, wäre dann wohl zu wenig überzeugend – ausser Mick Jagger und seine Rolling Stones wären dabei gewesen. In diesem Sinn empfehle die FDP-Fraktion dem Rat die Annahme des Geschäfts.

Die Vorsitzende erkundigt sich, ob es sich hierbei um einen Änderungsantrag handle.

Raphael Weibel verneint dies; es werde im Rahmen des Vollzugs eine Berichterstattung gewünscht.

Patrick Rösli führt namens der forum-Fraktion aus, die Fachstelle für Altersfragen, wie sie nach der definitiven Einführung heissen würde, habe eine lange, aber aus Sicht des forums fruchtbare und ergiebige Entwicklungsgeschichte hinter sich. Die dem GGR zur Verfügung stehenden Unterlagen würden im Detail und aus unterschiedlichsten Perspektiven aufzeigen, dass der Zeitpunkt gekommen sei, die Fachstelle aus der Pilotphase in ein vollwertiges, definitives Angebot der Gemeinde zu überführen. Dass die Fachstelle für Altersfragen nicht beim Alenia angesiedelt werde, sondern in erster Linie als Angebot der Gemeinde im Zentrum von Muri-Gümligen positioniert werde, finde das forum wichtig und richtig.

Die drei künftigen Kerndienstleistungen seien zusammengefasst

1. "die Beratung mit Triage und Zuweisung"
2. "Durchführung von 'Leuchtturm'-Veranstaltungen zu Altersfragen"
3. "die Vernetzung von allen Stellen, die in diesem Themengebiet aktiv seien"

Als besonders wertvoll erachte das forum die wenig sichtbare, aber umso wichtigere Vernetzungsarbeit, welche die künftige Fachstelle für Altersfragen leisten werde. Dabei würden nicht nur die klassischen Partner wie Spitex oder Siloah AG, sondern auch die reformierte Kirchgemeinde, der Verein "Zusammenaktiv", der Verein "Zyt ha für Anderi" und Pro Senectute einbezogen. Das Netzwerk von grösseren und kleineren Organisationen und Institutionen erachte das forum als einen wichtigen Erfolgsfaktor, um mit der Fachstelle für Altersfragen die angestrebten Ziele zu erreichen. Weiter sei die Fraktion der Meinung, dass die Zusammenarbeit mit der anderen Fachstelle – der Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen – auch ausgelotet werden sollte. Gerade generationenübergreifende Aktivitäten zwischen jungen und alten Menschen seien ein wichtiger Schlüssel für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Und ein breit gefächertes Beziehungsnetz mache alle Beteiligten zufriedener. Aus den inhaltlichen Überschneidungen mit gemeinsamen Aktivitäten könnten vielleicht später auch strukturelle Überlegungen zur Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Fachstellen "Alter" und "Jugend" entstehen.

Eine letzte Anmerkung – sie gehe in Richtung des bereits von Raphael Weibel Gesagten – betreffe den Entwurf des Leistungsvertrages. Das forum stelle sich die Frage, ob in der Ziff. 3 "Ziele" expliziter auf die drei definierten Kerndienstleistungen "Beratung", "Veranstaltungen" und "Vernetzung" eingegangen werden sollte. Die forum-Fraktion komme – nachdem sie zu einer Reihe von weiteren Fragen zusätzliche Informationen eingeholt habe – zum Schluss, dem Rat den Antrag des Gemeinderats mit den beiden genannten Punkten zur Annahme zu empfehlen.

Raphael Racine erklärt für die SP-Fraktion, er verweise zur Einleitung auf ein kurzes Zitat des Schriftstellers Peter Bamm: "*Im Grunde haben die Menschen nur zwei Wünsche: Alt zu werden und dabei jung zu bleiben*". Er denke etwas, worüber man sich überparteilich einig sei – sogar mit der FDP – sei, dass die Chance, dass wir alle eines Tages alt würden, einigermassen hoch sei. Einige der im Rat Anwesenden würden also einmal von der Fachstelle für Altersfragen profitieren können. Vielleicht würden es dann nicht mehr Rollator-Kurse, sondern Einsteigerkurse für Fortgeschrittene in selbstfahrende Autos sein. Die SP-Fraktion begrüsse die definitive Einführung der Fachstelle und sie sehe fast nur Pro-Argumente. Es gebe höchstens ein Gegen-Argument; darauf komme er ganz am Schluss zu sprechen. Von den Argumenten, die für die Fachstelle sprechen würden, seien eigentlich schon einige genannt worden. Wie auch Martin Häusermann ganz klar gesagt habe, sei die Gemeinde Muri-

Gümligen überaltert. Auch das Altersleitbild – auch wenn es sich um Zahlen aus dem Jahr 2012 handle – zeige, dass Muri-Gümligen im schweizweiten Vergleich überdurchschnittlich alt sei. Deshalb sei eben hier die Zielgruppe für eine solche Fachstelle speziell gross. Wie der Sprecher des forums bereits angetönt habe, gebe es ja auch schon eine Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen. Deshalb sei für die SP nach dieser Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen auch die zweite Fachstelle für Altersfragen irgendwie logisch. Zudem empfehle die Wissenschaft eine solche Fachstelle ja ganz klar. Er verweise auf den umfangreichen Bericht der Berner Fachhochschule – welcher ca. CHF 13'000.00 oder CHF 14'000.00 gekostet habe –, der ebenfalls zum Schluss komme, dass alle diese Fachstelle wollten. Das einzige, was moniert werde, sei, dass selbstverständlich Optimierungen vorgenommen werden könnten. Der Bericht führe aus, man könnte eine breitere Sensibilisierung der Bevölkerung vornehmen, das Thema Seniorenrat sei im Fokus, eine bessere Auffindbarkeit auf der Gemeinde-Webseite, breiter angelegte Informationsaktivitäten und auch eine konsequentere Umsetzung des Altersleitbildes der Gemeinde.

Zu den Kosten: Die SP-Fraktion sei davon überzeugt, dass nicht viele Mehrkosten auf uns zukommen würden. Wie Martin Häusermann bereits ausgeführt habe, habe die seit Jahren und bis heute bestehende 30%-Stelle ca. CHF 70'000.00 gekostet, neu werde es eine 50%-Stelle geben, die CHF 90'000.00 koste. Würde das Geschäft also "versenkt" – er sei optimistisch, dass dies nicht der Fall sein werde –, würde dies bedeuten, dass das Geld für die ganze Pilotphase, die offenbar schon seit 2012 bestanden habe (damals mit der Spitex), in den Sand gesetzt wäre. Würde die definitive Einführung der Fachstelle für Altersfragen abgelehnt, hätte er auch seine Bedenken über den Zweck des vorhandenen Altersleitbildes. Die Aufgaben der dort vorgesehenen Verwaltungsstelle "Altersbeauftragte" würden ja durch die Fachstelle abgedeckt (Seniorenrat, Informationsplattform, Angebot an Kursen, Aufbau einer Mediothek). Würde also die Fachstelle nicht weitergeführt, wäre der Zweck des Altersleitbildes fraglich.

Er habe den Ratsmitgliedern noch ein Gegen-Argument versprochen. Es handle sich dabei um die Kosten. Die Fachstelle koste jährlich CHF 90'000.00, was in 10 Jahren rund CHF 1 Mio. ausmache. Die SP-Fraktion sei aber der Meinung, dass für die Standortattraktivität eine solche Fachstelle unbedingt notwendig sei. Er möchte daran erinnern, dass Muri-Gümligen als eine der Pioniergemeinden letztes Jahr für rund CHF 1,5 Mio. flächendeckend Tablets in der Schule eingeführt habe. Daher sei die SP-Fraktion der Meinung, man könnte mit dieser Fachstelle nun einmal etwas für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger tun und sie stimme dem Antrag des Gemeinderats zu.

Reto Lauper erklärt namens der SVP-Fraktion, es seien nun schon verschiedene Voten zu hören gewesen. Die Ausführungen von Raphael Weibel hätten ihm sehr gefallen; er habe das erzählt, was er selber habe sagen wollen. Ja, diese Fachstelle für Altersfragen sei ein kostspieliges Angebot. Und ja, unsere Gemeinde habe einen hohen Anteil an Leuten im Pensionsalter. Wir hätten aber auch ein breitgefächertes und gutes Angebot an lokalen Vereinen, die bereits sehr viele Aktivitäten und beratungsstellen-ähnliche Funktionen anbieten würden; z.B. die Vernetzung und die Schulungen. Und dies, ohne die Gemeindekasse in diesem Umfang zu belasten. Aus Sicht der SVP sehr begrüssenswert sei, dass man vorgängig von der Schaffung einer zusätzlichen Stelle in der Verwaltung abgesehen habe. Der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem bestehenden Leistungserbringer Alenia sei sicher schon mal die bessere Lösung. Die SVP-Fraktion betrachte aber mit grosser Skepsis das Kosten-/Nutzenverhältnis und habe diese "Luxuslösung" fraktionsintern gut diskutiert. Sie glaube nicht an die hier so hoch präsentierte Mehrwertvorstellung dieser Fachstelle. Allgemein müsse gesagt werden, dass solche Studien zu Pilotversuchen in diesem Bereich sehr schwer auszuwerten seien. Es sei schwer zu sagen, ob ein derartiges Angebot auch wirklich einen

nötigen Nutzen und einen merklichen Mehrwert erbringe. Viel sei Theorie, wenig sei Praxis. Die SVP erachte die heutigen älteren Personen – die "Silver Surfer", wie er heute gelernt habe – als selbständig, lebenserfahren und soweit über Altersfragen informiert, dass sich eben die Luxusvariante von CHF 90'000.00 im Jahr doch nicht rechtfertigen lasse. Neben den erwähnten Vereinen würden auch die bestehenden lokal-kommunalen Institutionen ähnliche Dienstleistungen anbieten. Ob diese zusätzliche Fachstelle nicht des Guten zu viel sei? Die SVP denke schon. Sie nehme den Pilotversuch und dessen Versuch, zusätzliche Mehrwerte für die ältere Generation anzubieten, gerne zur Kenntnis, sei aber der Meinung – auch wenn schon viel Geld geflossen sei –, dass es schwierig sei, wissenschaftlich begründen zu können, ob die Kosten den Nutzen rechtfertigen würden. Die SVP-Fraktion werde dem Antrag somit nicht zustimmen können und erachte das Projekt als abgeschlossen.

Urs Grütter (SVP) führt aus, wenn er sich im Rat so umsehe, so stelle er fest, dass es nicht viele gebe, die altersmässig in seiner Situation seien. Diese führe dazu, dass man Eltern habe, welche im hochbetagten Alter seien, dass es Freunde der Eltern gebe, die im hochbetagten Alter seien, mit all den Problemen oder eben auch Nicht-Problemen. Seit ungefähr 10 Jahren sei er regelmässig mit seinem Vater im Alenia am Mittagstisch, seit ca. 4 Jahren jede Woche einmal, mit nachfolgenden Unterstützungsleistungen, die es brauche. So bekomme er eigentlich hautnah mit, was die älteren Leute, die nicht mehr ganz so selbständig seien, brauchen und annehmen würden und was sie auch nicht annehmen wollten. Zum Beispiel: Freunde, hochbetagt, beide 80+, sie mit Parkinson, voll pflegebedürftig, fast gelähmt. Er füttere sie, wasche sie, akzeptiere keine Hilfe von aussen. Die Töchter würden es fertigbringen, dass er ca. 2 Stunden pro Woche "frei habe" – sei es, um zum Coiffeur zu gehen, sei es, um etwas einkaufen zu gehen –, wenn eine der Töchter zu Hause Wache halte. Jetzt wolle man so jemanden beraten oder unterstützen? Sie seien alt geworden, wüssten aber ganz genau, wie man es mache. Schliesslich seien sie jedem Berater, der komme, 50-60 Jahre voraus und liessen sich von diesem Berater nicht ihr Leben korrigieren. Sie würden ihr Leben selbstbestimmt leben, bis es nicht mehr gehe. Dann, wenn es nicht mehr gehe, würden sie auch keinen Berater brauchen, sondern Infrastruktur, Pflege, allenfalls ein Spital. Anderes Beispiel: Bei wem würden viele der Hochbetagten, wenn sie ein Problem hätten, Rat holen? Ausschliesslich beim Hausarzt. Hand aufs Herz, ob einmal jemand der Anwesenden probiert habe, dem Grossvater – bei den meisten müsse es ja der Grossvater sein, bei einigen vielleicht Vater oder Mutter – beizubringen, es wäre vielleicht besser wenn ...? Da habe man vermutlich etwas gehört! Sie wüssten besser, was für sie gut sei, als jeder Berater, auch wenn dieser noch so manches Semester an der Berner Fachhochschule studiert habe.

Bezüglich Vernetzung: Herr Bieri kenne ja nun wirklich jedes Angebot in der Gemeinde und jeder Vereinspräsident der Altersvereine kenne die existierenden Angebote. Was man da noch zusätzlich vernetzen wolle? Die Beratungsresistenz der betagten und älteren Leute – eben gerade dann, wenn es heikel werde – sei so gross, dass das für rein gar nichts sei. Und die Anlässe zu Gesundheitsthemen seien eine Art "gemeindegesponsertes Infotainment". Es gebe heute ein dermassen riesiges Angebot; nur schon im Fernsehen würden regelmässig medizinische Sendungen ausgestrahlt. Die privaten Anbieter – er denke ans Siloah, Alenia usw. – hätten auch ohne Fachstelle schon gewisse Angebote. Die Angebote würden darunter leiden, dass diejenigen, die sie effektiv brauchten, sie eben gar nicht wahrnehmen würden. Dann, wenn es nicht mehr gehe, würden die Angebote auch nichts mehr nützen; dann brauche man die Infrastruktur und diese sei in unserer Gemeinde gut. Die CHF 90'000.00 würde man besser auf die Seite legen und in Einrichtungen und allenfalls Pflegeabteilungen investieren, die dann zum Zuge kommen würden, wenn es eben nicht mehr gehe. Alte Leute belehren zu wollen sei nun wirklich etwas, das man nicht noch durch die Gemeinde finanzieren sollte. Wenn man schon sage, man orientiere sich am Bedürfnis der Bevölkerung, so würde er allen wärmstens ans Herz legen, zu probieren, dieses Bedürfnis

zu erheben. Da könne er nur sagen: "Geht zu Euren Alten, schaut zu ihnen, helft ihnen und schaut, ob Ihr ihnen irgendwie noch einen Rat geben könnt in ihrem Lebensablauf". Sein hochbetagter Vater sei leicht gehbehindert; man bringe ihn nicht an einen Rollator, auch nicht mit 10 Rollator-Kursen. Er sei zwar alt geworden, aber ein Rollator sei nichts für ihn. Ob man ihn nun zwingen sollte, einen Rollator-Kurs zu besuchen und dann mit einem Rollator herumzulaufen? Dies bringe nichts. In diesem Sinn handle es sich beim vorliegenden Geschäft um eine sinnlose Ausgabe und er stimme mit Überzeugung dafür, dass die Pilotphase ersatzlos beendet werde.

Eva Schmid (SP) erklärt, sie glaube nicht, dass es um Bevormundung gehe und darum, den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen. Sie habe eher das Gefühl, eine solche Fachstelle könnte vielen älteren Leuten helfen. Sie habe drei Jahre lang mit einer älteren Dame Tür an Tür gelebt und habe ihr beim einen oder anderen geholfen. Dies sei eine Generation mit dem Glauben an die "Halbgötter in Weiss" die es nicht wage, einem Hausarzt, mit dem sie nicht mehr zufrieden sei, die Meinung zu sagen. Sie könnte sich daher vorstellen, dass eine solche Fachstelle durchaus die Selbstkompetenz und das Bewusstsein der eigenen Rechte von älteren Menschen stärken könnte. Sie hätte überhaupt nicht verstanden, wenn die Gemeinde eine Fachstelle aufbauen wollte, die irgendwelche Rechte abspereche. Selbstverständlich wäre sie auch nicht bereit, dafür Steuergelder auszugeben.

Daniel Arn (FDP) führt aus, er habe noch eine Frage an Martin Häusermann: Ob er gesagt habe, dass Alenia eine Stelle abbaue? Ob dies zutreffend sei?

Martin Häusermann verneint dies. Er habe gesagt, die Funktion würde von einer nebenamtlichen in eine hauptamtliche überführt. Heute habe dies die Leiterin Pflege mit 30% im Nebenamt gemacht. Es werde nun einen personellen Wechsel geben und eine Person angestellt, die nur noch für die Fachstelle da sei.

Daniel Arn (FDP) erklärt, aber die Person sei bis heute bei Alenia angestellt gewesen und die Fachstelle bezahle dann die Gemeinde?

Martin Häusermann entgegnet, die Fachstelle sei beim Alenia angesiedelt gewesen, es habe eine Leistungsvereinbarung bestanden, über welche die CHF 70'000.00 geflossen seien, und Alenia habe die Aufgaben mit einer 30%-Stelle erfüllt.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Jürg Stettler noch von Martin Häusermann verlangt.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäss Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung der Beschluss der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder bedürfe.

Beschluss (23 Ja / 9 Nein / 3 Enthaltungen)

1. Die Fachstelle für Altersfragen wird gemäss Szenario "Profilierung und Weiterentwicklung" des Evaluationsberichts mit jährlichen Kosten von CHF 90'000.00 per 1. Juli 2018 definitiv eingeführt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

### 3 Motion forum betr. Aufwertung Lötchenbach in Gümligen

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie befürchte, dass ihr "speech" von heute Abend noch trockener ausfalle, als der Lötchenbach auf Muriger Seite. Sie wolle nur kurz – für diejenigen, welche dies in den Zeitungen nicht gesehen hätten – darauf hinweisen, dass auf der Ostermundiger Seite die Offenlegung des Lötchenbachs knapp abgelehnt worden sei. Selbst wenn das Projekt mit ganz vielen Stimmen angenommen worden wäre, hätte dies auf die vorliegende gemeinderätliche Antwort keinen Einfluss gehabt, da man – wie der Gemeinderat ja in extenso ausführe – auf Muriger Seite eigentlich nicht von einem Gewässer ausgehen könne. Weiter oben, beim Stampflochbach, wäre so etwas wie ein Gewässer vorhanden. Dort sei aber die Situation aktuell so, dass der Renaturierungsfonds den Beitrag für eine Leitung, die man habe legen wollen, um das Wasser zu sammeln, nicht gesprochen habe, da selbst dort oben, wo es etwas mehr Wasser hätte, der ökologische Nutzen vom Renaturierungsfonds als nicht gegeben erachtet worden sei. Umso mehr gelte dies natürlich für den Lötchenbach. Der ökologische Nutzen für eine Offenlegung des Lötchenbachs im hier zur Diskussion stehenden Gebiet werde nicht nur vom Kanton, sondern auch von anderen Fachleuten aus dem Bereich des Naturschutzes, z.B. von der Koordinationsstelle Amphibien- und Reptilienschutz in der Schweiz (karch) als inexistent oder irrelevant beurteilt. Dies habe Andreas Kohler noch abgeklärt; das sei sehr wichtig gewesen, da man noch den Aspekt habe prüfen wollen, was bei Gewässern passiere, die periodisch austrocknen würden; auch diese könnten natürlich eine ökologische Relevanz haben. Mit andern Worten: Der Gemeinderat habe die Motion, welche ein ganz wichtiges Anliegen verfolge – das auch dem Gemeinderat äusserst wichtig sei –, geprüft und empfehle dem Rat daher die Überweisung als Postulat mit anschliessender Abschreibung.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erklärt, das forum freue sich über die Antwort des Gemeinderats, da zu spüren gewesen sei, dass er sich ernsthaft mit der Fragestellung auseinandergesetzt habe. Man habe aber auch festgestellt, dass sich vielleicht ein gewisses Missverständnis eingeschlichen habe. Die Motion ziele nicht nur auf den Lötchenbach in dem Sinn, wo er effektiv Lötchenbach heisse, sondern einfach auf den Gesamtwasserlauf, auch dort, wo er Stampflochbach heisse. Sprich: Es werde eine Änderung des Fokus vorgeschlagen, indem noch abgeklärt werde, ob die Renaturierung des Stampflochbachs allenfalls eine Lösung im Sinn der Motion des forums wäre. In diesem Sinn sei das forum mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat grundsätzlich einverstanden. Sie möchte den Gemeinderat aber fragen, ob allenfalls die Flexibilität bestehe, die Abschreibung des Vorstosses noch aufzuschieben, so dass irgendwann einmal ein Bericht vorgelegt würde, wie mit dem Postulat umgegangen worden sei.

Laura Bircher führt aus, die FDP-Fraktion begrüsse allgemein die Bestrebungen zur Förderung von Biodiversität im Siedlungsgebiet und die damit verbundene Erhöhung von Lebensqualität in unserer Gemeinde. Die von den Motionären beantragte Massnahme, ein Wasserbauprojekt zur Offenlegung des Lötchenbachs, erscheine der FDP jedoch, insbesondere im Hinblick auf das Ostermundiger Abstimmungsresultat vom 4. März 2018, wenig sinnvoll. Wie die Motionäre im Motionstext festhalten würden, hätte das Offenlegungsprojekt unserer Gemeinde das gleichgeartete Projekt von Ostermundigen sinnvoll ergänzen sollen. Ostermundigen habe das Offenlegungsprojekt des Lötchenbachs jedoch mit 2'715 zu 2'695 Stimmen abgelehnt. Somit entfalle für ein allfälliges Offenlegungsprojekt in unserer Gemeinde die Möglichkeit, Synergien zu nutzen. Dies sowohl in Bezug auf kantonale Subventionen, aber auch bezüglich Planungs- und Umsetzungskosten. Insbesondere unter Berücksichtigung dieser ver-

änderten Umstände betrachte die FDP-Fraktion die Argumentation des Gemeinderats als stringent und nachvollziehbar, weshalb dieser grösstenteils von der FDP-Fraktion gefolgt werde. Eine Verwirklichung des Projekts wäre mit beachtlichen Rauman- sprüchen verbunden. Bei einer Oberflächenführung müsste zudem aufgrund des Gefälles ein Pumpsystem eingesetzt werden. Weiter würde es neue Frischwasser- leitungen brauchen, damit konstant fliessendes Frischwasser gewährleistet wäre. Diese baulichen Massnahmen würden hohe Realisierungskosten und laufende Unterhaltskosten mit sich ziehen, was die FDP-Fraktion, nach durchgeführter Nutzen- /Kosten-Analyse, als übermässig erachte. Weiter komme dazu, dass der ökologische Nutzen einer Offenlegung des Lötchenbachs – wie schon zu hören gewesen sei – umstritten sei. Hätte Ostermundigen seinem Offenlegungsprojekt zugestimmt, hätte für uns die Lage anders ausgesehen. Die aktuelle Ausgangslage in Betracht ziehend, be- antrage die FDP-Fraktion die Überweisung als Postulat und die anschliessende Abschreibung des Vorstosses.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Daniela Pedinelli führt in ihrem Schlusswort aus, sie sei noch eine Antwort bezüglich Abschreibung des Vorstosses schuldig. Sie finde es nicht nötig, dass vorliegend auf die Abschreibung verzichtet werde. Der Titel des Vorstosses rede ja ganz klar vom Lötchenbach und im Rahmen der ordentlichen Berichterstattung werde man sich ohnehin dazu äussern, wie es mit dem Stampflochbach weitergehe. Es sei ja auch Bestandteil der Antwort, dass man dort relativierend wirke. Sie halte daher namens des Gemeinderats an der Abschreibung fest und mache diese dem Rat beliebt.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum betr. Aufwertung Lötchenbach in Gümligen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

#### **4 Postulat Klopstein (Grüne) betr. Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern: Masterplan**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat versuche in seiner Antwort aufzuzeigen, wie er die Positionierung der Gemeinde in all den viel- seitigen, von der PostulantIn skizzierten Anliegen beurteile und wie er sich – auch ohne einen weiteren zusätzlichen parlamentarischen Auftrag wie den vorliegenden – auch künftig für die Themen rund um die "soziale Innovation" engagieren wolle. So enga- giere er sich ja unter anderem im regionalen Bereich in der Resonanzgruppe Kern- region Bern, wo letzte Woche ein Workshop stattgefunden habe; seitens der Gemeinde seien Eva Schmid, Beat Schmitter und er selber dabei gewesen. An diesem Workshop sei nach einem Inputreferat zum Thema "Smart Region" eine fundierte Diskussion für ein Leitbild "Smart Region Bern" durchgeführt worden. Die Erkenntnisse aus dieser Diskussion – verbunden auch mit weitergehenden Inputs zur "sozialen Innovation" – würden nun weiter verarbeitet und im nächsten Treffen der Resonanzgruppe be- handelt. Dort würden auch die Abklärungen, welche die Stadt Bern angesichts der Verhältnisse im Stadtrat sicher in Auftrag geben werde, einfließen. Der Gemeinderat bleibe – zusammenfassend gesagt – so oder so am Ball und mache daher die Ab- lehnung des Postulats beliebt.

Carole Klopstein (Grüne) erklärt, für das Klima sei es 5 vor 12. Bereits jetzt müssten wir davon ausgehen, dass sich aufgrund des Klimawandels auch in der Schweiz die Landschaft zunehmend verändern werde. Wir könnten unseren Kindern und Grosskindern nicht versprechen, dass sie auch in Zukunft noch Schnee sehen würden. Obwohl die Anzeichen überall seien, obwohl wir sie jeden Tag spüren würden, obwohl ein Temperaturrekord den anderen jage, würden wir noch viel zu wenig dagegen tun. Gemäss Bundesamt für Statistik würde ein durchschnittlicher Schweizer / eine durchschnittliche Schweizerin rund 3,3 Erden brauchen, was den Ressourcenverbrauch anbelange. Und der Energiebedarf steige weiter und die Bestrebungen für eine Senkung seien relativ klein. Würden wir so weiterfahren, werde in rund 80 Jahren 1/3 der Erde nicht mehr bewohnbar sein, was auch wir spüren würden, denn dazu würden auch Teile Europas gehören. Sie spreche hier vor allem die Niederlande an, welches Land wahrscheinlich – wie andere Staaten mit Meereszugang –, gemäss den jetzigen Szenarien nicht mehr da sein werde. Es sei eine ziemlich unbequeme Wahrheit und auch die Bestrebungen, um dem entgegenzuwirken, seien ziemlich un bequem. Es sei nicht so, dass sie persönlich sehr Freude daran habe, dass sie nicht so reisen könne, wie sie gerne würde; sie lasse es aber sein, da sie sich Gedanken über das Klima mache. Wenn sie mit ihrem Velo durch Muri fahre, sei sie manchmal ziemlich frustriert. Jedes dritte Auto sei ein 4x4, ein SUV, es sitze eine Person darin und die Autos würden rund 12-15 Liter pro 100 km verbrauchen; es tue ihr leid, falls sie hier jemandem auf den Fuss trete. In der Bevölkerung bestehe Nachholbedarf dafür, was klimabewusstes Leben bedeute.

Sie möchte gerne, dass sich die Gemeinde auch daran beteilige, dass ein ökologischer Massstab geschaffen werde, sowohl für die Bevölkerung wie auch für die in der Gemeinde angesiedelten Unternehmen. Dies heisse einerseits, dass man für die notwendige Sensibilisierung Sorge, dass das eigene Handeln einen Einfluss habe auf unsere Ressourcen und auf Personen an anderen Orten dieser Erde. Und andererseits auch, dass man gerade die Unternehmen und die Privatpersonen, die sich engagieren möchten, darin bestätige und sie fördere. Eine Kreislaufwirtschaft habe viele Vorteile. Abgesehen von denjenigen, die sie in ihrem Postulat aufgelistet habe, sei es auch so, dass wir mit einer Kreislaufwirtschaft unabhängiger vom Ausland würden, einen Bruchteil der bisherigen Ressourcen brauchen würden – d.h. wir hätten weniger Umweltbelastung und der Lebensstandard steige – und wir würden Kosten sparen und die Identität als Gemeinde würde gefestigt. Die möglichen Ansatzpunkte seien sehr vielfältig: Es könnte über etwas Gesellschaftliches sein, wie zum Beispiel ein Repair-Café, ein Kleidertausch oder ein "Flohm", aber auch etwas bis hin zu innovativen Recyclingkonzepten oder Produktionsverfahren innerhalb von Unternehmen. Der Vorteil dabei sei, dass bei diesem Postulat weder die Bevölkerung noch die Unternehmen zu einem Mitmachen gezwungen würden. Sie würden zu einer Teilnahme aufgefordert und diejenigen, die mitmachen würden, würden gefördert.

Sie verstehe die vom Gemeinderat geäusserten Argumente nur teilweise. In ihren Augen gebe es keinen besseren Moment, als jetzt zusammen mit der Stadt Bern auf den Zug aufzusteigen, um gemeinsam ein Konzept auszuarbeiten, welches eine Kreislaufwirtschaft fördere, und dass man die Stärken und Chancen der Gemeinde aktiv in ein solches Konzept einbringen und die sich bietenden Gelegenheiten auch wahrnehmen könne. Auch wenn das Anliegen in der Resonanzgruppe Kernregion Bern bereits aufgenommen worden sei, so bezweifle sie, dass ein vollumfängliches Projekt in diese Richtung gestartet werde. Es sei halt leider so, dass eine Festlegung im vorliegenden Rahmen einen anderen "output" habe, als wenn man es lose im Raum stehen lassen würde. Es sei ihr auch bewusst, dass einige Vorstösse in diese Richtung hängig seien. Dies bedeute aber nicht, dass man diese Vorstösse nicht in einen Masterplan integrieren könnte: So sei z.B. der Büchertausch ein absolut perfektes Beispiel, wie man mit vorhandenen Ressourcen umgehen und wie man dafür besorgt

sein könne, dass man nicht noch mehr produzieren müsse, sondern untereinander tauschen könne; also "Sharing Economy". In diesem Sinn halte sie an ihrem Postulat fest und sie möchte die anderen Fraktionen dazu aufmuntern, die Gelegenheit zu nutzen und mit ihr für mehr Nachhaltigkeit in der Gemeinde zu stimmen.

Eva Schmid bedankt sich namens der SP-Fraktion bei Carole Klopstein für den Super-Vorstoss. "Soziale Innovation" und "Kreislaufwirtschaft" seien etwas, was in aller Munde sei und man könne es nicht besser sagen: Das Handeln sei *jetzt* nötig. Es gebe private Initiativen, die das vormachen würden. Die SP-Fraktion sei aber der Meinung, wenn es um wichtige erforderliche Handlungen und Errungenschaften gehe, so sei eine politische Unterstützung notwendig. Man müsse etwas machen und wann, wenn nicht jetzt. Sie könne schon nachvollziehen, dass der Gemeinderat auf das Leitbild verweise, das ja durchaus ökologische Zielsetzungen definiere. Selbstverständlich könnte man auch die hängigen Vorstösse unter dem Titel "soziale Innovation" subsumieren. Aber was denn dagegen spreche, das Postulat in die Kreislaufwirtschaft zu integrieren? Das Thema hänge zusammen. Zu guter Letzt seien Beat Schmitter und sie seitens des Parlaments und Thomas Hanke seitens des Gemeinderats bzw. "Boccia-Clubs" letzte Woche in Frauenkappelen am Workshop der Resonanzgruppe gewesen. Man habe eine Hochglanzpräsentation zu genau diesen Themen – Economy, soziale Innovation – unter dem Titel "Smart Region Bern" erhalten. Es sei interessant gewesen, es hätten Workshops stattgefunden. Es sei klar, dass dies politisch anders gewichtet werde, aber irgendwie hätten Thomas Hanke und sie eine andere Wahrnehmung. Der Anlass sei zwar inspirierend gewesen, aber unkonkret und bis dies in ein gemeinsames Leitbild der Kernregion einflüsse, dürfte es auch noch eine Zeitlang gehen. Weshalb wir nicht Vorreiter sein könnten? Ob man beim Energiestadt-Label, welches seitens des Gemeinderats doch mit Stolz entgegengenommen worden sei, gewartet habe, bis alle Agglomerationsgemeinden mitgemacht hätten? Sie denke, es sei notwendig, dass man etwas mache. Zudem sei es auch eine Prestigefrage, seien wir doch eine Gemeinde mit einer Super-Lebensqualität, auch gerade in ökologischen Belangen. Die SP-Fraktion empfehle dem Rat, das Postulat anzunehmen.

Daniel Arn erklärt, die FDP-Fraktion habe das Postulat diskutiert und sei relativ schnell zu einer einheitlichen Meinung gekommen. Der Gemeinderat habe in seiner Stellungnahme ganz klar aufgezeigt, dass das Anliegen der Postulantin bereits mehrfach bearbeitet werde. Vier bei uns hängige Postulate sowie die Aufnahme der Thematik in den Themenspeicher der zuständigen Spurguppe in der Regionalkonferenz – auch wenn gesagt werde, es passiere nicht gerade sofort etwas, so werde es doch aufgenommen und es werde ganz sicher etwas passieren – würden davon zeugen. Die FDP denke auch, es sei ausreichend, dass daneben die Verwaltung weiter konsequent an unserem Leitbild – welches in den Legislaturzielen enthalten sei – arbeite und dies dort einfließen werde. Es dürfe auch nicht suggeriert werden, dass gar nichts gemacht werde; dieser Eindruck könnte jetzt fast entstehen. In Muri würden auch Elektroautos oder solche herumfahren, die nur mit Wasser oder erneuerbarer Energie gespiesen würden. Auch die Unternehmungen würden heute unter einem recht grossen Zwang stehen. Ab einer bestimmten bezogenen Energiemenge müssten sie jedes Jahr Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs leisten. Es gehe also sehr viel und es müsse noch mehr gehen, dies sei richtig. Aber er glaube, man sollte nicht konstant mit Vorstössen und Anfragen die Verwaltung beüben; dies gehe nicht. Es passiere ganz viel auch auf privater Basis und auf Eigeninitiative. Daher empfehle die FDP-Fraktion die Ablehnung des Postulats.

Er habe noch eine kleine persönliche Anmerkung anzubringen: Beim Durchlesen des Postulats seien ihm im Postulatstext zwei Wörter aufgefallen: Es sei von einer "Stadtverwaltung" und einer "Stadtentwicklung" die Rede; hier, in der Gemeinde Muri. Es sei

für ihn etwas komisch gewesen und er frage sich, ob es sich um ein "copy & paste" handle und die Wörter nicht geändert worden seien.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Thomas Hanke nicht verlangt.

Carole Klopstein (Grüne) verweist bezüglich der beiden Wörter, die sie scheinbar "copy & paste" übernommen haben solle, auf den Postulatstext auf Seite 2, oben. Das Programm URBACT konzentriere sich auf Städte, aber sie habe extra angerufen und nachgefragt; es würden dort auch Gemeinden aufgenommen. Es handle sich beim Text um einen Teil der Beschreibung des Programms und er sei nicht "copy & paste".

Beschluss (20 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Überweisung des Postulats Klopstein (Grüne) betr. Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation fördern: Masterplan wird abgelehnt.

## **5 Einfache Anfrage forum zum Europäischen Tag der Nachbarschaft**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor und es würden keine Wortmeldungen erfolgen.

Patrick Rösli (forum) erklärt, er möchte sich namens des forums bedanken und eine kurze Stellungnahme abgeben. Ob man nicht darüber abstimme, dass er dies tun könne?

Die Vorsitzende führt aus, bei einfachen Anfragen gebe es keine Wortmeldungen. Bei Interpellationen könne man darüber abstimmen und Wortmeldungen zulassen, aber bei einfachen Anfragen sei dies nicht vorgesehen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

*Die Vorsitzende kommt auf Anregung der Gemeindegliedern nach Behandlung des Traktandums 7 auf dieses Traktandum zurück und erteilt Patrick Rösli das Wort.*

Patrick Rösli (forum) bedankt sich vorab dafür, dass er das Wort trotzdem noch ergreifen dürfe. Die fundierte Antwort des Gemeinderats habe das forum sehr gefreut und er bedanke sich bestens dafür. Aufgefallen in dieser Antwort sei ihm aber ein Satz; er zitiere: "*Ein 'Neighbours Day' könnte daher ohne das sehr aktive Mitwirken der Quartiervereine und -Leiste nicht zur Durchführung gelangen*". Diese Aussage wolle er relativieren und ergänzen. Die Quartierleiste seien beim Thema Nachbarschaftstag sicher wichtige Ansprechpartner. Der Nachbarschaftstag ziele jedoch nicht nur auf Aktivitäten auf Stufe der Quartiere ab, sondern auch auf die nächsttiefere Stufe, nämlich auf Events und Einladungen im nachbarschaftlichen Umfeld. Der "Neighbours Day" motiviere also dazu, einen Freitagabend im Mai in nachbarschaftlicher Gesellschaft zu verbringen, ohne auf eine Institution oder einen organisatorischen Überbau zurückgreifen zu müssen. Die Stadt Bern liefere folgende Verhältniszahlen: Von 153 Anlässen im letzten Jahr seien deren 29 durch organisierte Institutionen wie Kindertagesstätten, Kirchgemeinden, Vereine oder Quartierleiste durchgeführt worden; dies entspreche 19%. Die anderen 124 Anlässe bzw. 81% seien von ad hoc-Komitees durchgeführt worden. Dies bedeute konkret, dass das forum die Abklärungen auf Stufe Quartierleiste als wertvoll erachte. Zusätzlich möchte das forum anregen, punktuelle Abklärungen auf Stufe Nachbarschaft durchzuführen. Ebenfalls möchte das forum

anfragen, ob der Gemeinderat parallel zu den Abklärungen auch die Durchführung eines Pilotversuchs für 2019 oder 2020 beraten könnte mit dem Ziel, erste Erfahrungen mit dem Nachbarschaftstag in unserer Gemeinde zu sammeln. Die Gemeinde Stettlen mit 3'000 Einwohnern werde im Mai dieses Jahres den ersten Tag der Nachbarschaft initiieren. Die Erfahrungen von Stettlen könnten für unsere Gemeinde erste Erkenntnisse liefern. Er danke dem Gemeinderat und allen Beteiligten noch einmal für die Durchführung der Abklärungen zum Tag der Nachbarschaft.

## **6 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen**

### Konzept Begegnungszonen

Markus Bärtschi führt aus, der Gemeinderat habe ein Konzept Begegnungszonen verabschiedet, welches morgen auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet werde. Das erste, was daran spannend sei, sei die Definition und Illustration, was eine Begegnungszone im strassenverkehrsrechtlichen Sinn sei. Zweitens werde für die künftige Überprüfung von Anliegen – insbesondere von solchen aus der Bevölkerung bzw. von Anwohnern – das Vorgehen, wie mit derartigen Anliegen umgegangen werde, definiert und strukturiert. Wen es interessiere: Ab morgen könne man dies auf der Gemeindehomepage anschauen.

## **7 Neue parlamentarische Vorstösse**

### **Einfache Anfrage forum betreffend 1. August-Feuerwerk**

Welche Gedanken hat sich der Gemeinderat gemacht bezüglich der Gestaltung der 1. August-Feier in der Gemeinde und insbesondere eines gemeindeeigenen Feuerwerks?

Manche lieben Feuerwerke, andere können nichts damit anfangen. Egal welchem "Lager" man zugehört, Tatsache ist, dass Feuerwerke etwas kosten, dass sie für Tiere keine Freude sind und dass im Falle des 1. August-Feuerwerks auf der Schürmatt "nebenan" auf dem Gurten bereits ein grosses öffentliches Feuerwerk stattfindet, welches auch von unserer Gemeinde aus gut beobachtet werden kann.

Wie wertet der Gemeinderat diese Umstände und welche Gedanken oder Entscheidungen wurden für die Gestaltung von zukünftigen 1. August-Feiern getroffen?

Muri-Gümligen, den 20. März 2018

G. Siegenthaler Muinde

Die Vorsitzende kommt auf Anregung der Gemeindeschreiberin zurück auf Traktandum 5.

## **Mitteilungen**

Die Vorsitzende orientiert, die nächste Sitzung finde am 22. Mai 2018 statt. Die Sitzung vom 24. April 2018 entfalle mangels Traktanden.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Jennifer Herren

Anni Koch